

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich von 6 Uhr bis zum folgenden Tag. Preis: Bei Abnahme in der Geschäftsstelle auf 20 Wilsdruffer Mark, im Monat, bei Zahlung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Mit dem Wilsdruffer Tageblatt wird ein Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend gratis beigegeben. Bestellungen sind zu jeder Zeit bei den Verlegern entgegenzunehmen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. — Abbestellung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Abbestellung: Die Abbestellung kann jederzeit durch die Geschäftsstelle des Wilsdruffer Tageblattes geschehen. Abbestellungen werden nach Möglichkeit bis zum 10. Uhr durch Fernruf übermitteln. Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Sondern nur die Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben übernehmen wir nach dem Besten unserer Kenntnis. Anzeigen werden in Konkurrenz gedruckt. Anzeigen nehmen alle Verlagsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamt Charandt, Finanzamt Meissen.

Nr. 172. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonntag, den 26. Juli 1925

## Sicherheitspakt-Finale.

Die hundertste Sitzung des Reichstages bedeutet den Abschluss der außenpolitischen Debatte nicht bloß durch die Annahme eines Willigungsantrages der Regierungsparteien, in dem gesagt wird, daß der Reichstag die Antwortnote und die darin zum Ausdruck kommende politische Stellungnahme der Reichsregierung billigt, sondern auch dadurch, daß das politische Zusammenspiel zwischen der Reichsregierung und den Regierungsparteien in einer für deutsche parlamentarische Verhältnisse ganz ungewöhnlich glücklichen Form vor sich ging. Der Reichskanzler Dr. Luther hatte das Schlusswort, nicht der Reichsminister Dr. Stresemann. Auch das war gut und wirkungsvoll arrangiert, weil des Deutschen Reiches Kanzler nicht bloß kurz und glatt noch einmal die Richtlinien der deutschen Außenpolitik hinsichtlich des Sicherheitspaktes darlegte, sondern vor allem wichtige Ergänzungen sowohl zur Note wie zur Rede des Außenministers brachte, Ergänzungen, für die die Redner der Regierungsparteien die Stichworte ausgegeben hatten. Natürlich läßt sich der Kanzler für das weitere taktische Verhalten der deutschen Regierung nicht festlegen und kann es auch gar nicht; der Reichstag erklärte sich mit dieser Freiheit weiterer Einschließungen durch die für das Verträuenverhältnis gewählte Form einverstanden. Noch schärfer, als es Dr. Stresemann getan hatte, stellte er dann die Notwendigkeit der Schaffung einer dauerhaften Grundlagel für den europäischen Frieden heraus. Und fing dann den Ball auf, den ihm am Tage zuvor der deutschnationale Redner zugeworfen hatte: die Gedanken der Sicherheit sind auch auf Deutschlands Grenzen anzuwenden; nur eine allgemeine Ordnung der Dinge könne einen wirklichen Frieden herbeiführen und dieser wirkliche Friede habe zur Grundlagel Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit aller beteiligten Völker, vor allem also Deutschlands. In diesen beiden Voraussetzungen, unter denen wir die Politik des Sicherheitspaktes nur mitmachen können, gefestigt sich also die ganze Reichstagsdebatte.

Wiederum bezieht sich der Kanzler auf das Septembermemorandum, in dem wir unsere schweren Bedenken gegen unseren Eintritt in den Völkerbund darlegten. Das Memorandum und die Bedenken gelten auch noch heute und können nur durch eine den wirklichen Verhältnissen entsprechende Anwendung des Artikels 16 der Völkerbundescharta beseitigt werden. Deutschland will nicht Aufmarschgelände und Operationsbasis für diejenigen militärischen Auseinandersetzungen werden, die aus dem allgemeinen Rüstungswettstreit trotz oder innerhalb des Völkerbundesverfahrens entstehen können.

Waren das alles nur Unterreichungen, abschließende Ausführungen, so gab dann der Kanzler noch Ergänzungen zur Note ab. Zunächst stellte er fest, daß die endgültige Regelung des Sicherheitspaktes für uns erst möglich ist, wenn bis dahin auch alle mit der Entwaffnung zusammenhängenden Fragen, besonders auch die Räumung der nördlichen Rheinlandzone, erledigt sind. Also erst den Beweis, daß man auch uns gegenüber das Recht der Verträge wahren will, und dann Sicherheitspakt. Dann beantwortete er eine weitere Frage der Rechten durch die Erklärung, daß das sogenannte Investigationsprotokoll, also jener Genfer Beschluß, in dem die Art der über uns zu verhängenden Entwaffnungskontrolle durch den Völkerbund skizziert ist, den Grundgedanken eines auf Gleichberechtigung aufgebauten Sicherheitspaktes widerspreche. Und schließlich gibt es für uns nach den Worten des Kanzlers noch eine vierte Voraussetzung, ohne deren vorherige Erfüllung an eine endgültige Regelung der Frage des Sicherheitspaktes gar nicht gedacht werden kann: die Rückwirkung eines solchen Paktes auf die Fragen der Besetzung muß gesichert sein. Das heißt nichts anderes, als den Geist des Versailler Vertrages überwinden, der nur militärischen Zwang, Sanktionen, Garantien durch Besetzung ganzer deutscher Landstriche kennt.

So sind durch die deutsche Note, durch die Reden des Reichskanzlers und des Außenministers die Richtlinien der deutschen Außenpolitik, die Ziele die wir mit unserem Fernarmemorandum aufstellten, schärfer und klarer dargelegt worden, und die Willigung der deutschen Volkvertretung reicht weit über die Parteien hinaus, die für die Regierung stimmen. Denn auch die Sozialdemokraten, die die Willigungsformel ablehnten, billigen ja doch die Außenpolitik des Kabinetts; aus formal-parlamentarischen Gründen wollten sie ihm ihr Vertrauen nicht zum Ausdruck bringen. Darum, weil der ernsthafteste Wille fast des ganzen Deutschen Reiches hinter dem Willen des Kabinetts steht, hat das Ausland dieses Wollen auch als ernsthaft zu betrachten. Welt, fast übermenschlich weit sind wir den Allierten entgegengekommen; den Verhältnissen der Wirklichkeit Rechnung tragend, haben wir ihnen die selber leicht la wehrlose Hand entgegen gestreckt. Nun mag die Gegenseite den Panzerhandschuh abstreifen.

## Grubenunglück in Amerika.

New York, 25. Juli. Bei einem Grubenunglück im Staate Illinois wurden etwa 30 Grubenarbeiter verschüttet. Es gelang, zehn Bergarbeiter zu retten.

## Meinungsaustausch Paris—London—Brüssel.

Über die weitere diplomatische Behandlung der Sicherheitsfrage verhandelt in Londoner gutunterrichteten Kreisen, daß nach einer Erörterung der Note im englischen Kabinett zuerst ein Meinungsaustausch zwischen Paris, London und Brüssel erfolgen wird. Dieser Meinungsaustausch wird sich nicht nur auf den Inhalt der deutschen Note und etwaiger Bemerkungen dazu, die von englischer, französischer oder belgischer Seite gemacht werden, erstrecken, sondern soll sich auch mit der Frage beschäftigen, in welcher Form die weiteren Verhandlungen mit Deutschland geführt werden sollen. Über die

### Unterredung zwischen Chamberlain und dem französischen Botschafter.

Die etwa eine Stunde dauernde und in deren Verlauf der französische Botschafter dem englischen Außenminister die Ansichten Briands über die deutsche Note zur Sicherheitsfrage mitteilte, meldet „Daily Telegraph“, daß Chamberlain die Stelle der deutschen Note, die sich auf eine mögliche Änderung des Regimes der Rheinlandbesetzung bezieht, als unbedeutend und als in erster Linie für den deutschen inneren Gebrauch bestimmt abgetan habe. Er habe auch der Ansicht zugeneigt, daß das deutsche Ergehen um eine zeitweilige Bekräftigung von gewissen Bestimmungen des Art. XVI der Völkerbundscharta dem Bund selbst zur Entscheidung überlassen werden könne. Briand lege jedoch aufsehend Nachdruck darauf, daß Deutschland keine derartige Bekräftigung gestatte und ihm nicht erlaubt werde, diesen Artikel für die Forderung nach einer sofortigen Rüstungsverminderung zu benutzen. Briand betonte auch, daß die gesamte Frage möglicher Sanktionen wegen irgendeiner Reparationsverzögerung seitens Deutschlands durch das im Londoner Vertrag vorgesehene Schlichtungsverfahren geregelt worden sei. Im Protokoll habe sich Frankreich jedoch das Recht zu bestimmten Sanktionen vorbehalten.

Es heiße auch, daß Briand Einwände gegen das gemeinsame System von Schieds- und Ausgleichsverträgen, für das Deutschland eintrete, erhebe. Frankreich habe sein Recht aufrecht, als einziger Garant und Schlichter der deutsch-polnischen und deutsch-schlesischen Streitigkeiten zu handeln, falls Konflikte in diesen Gegenden entstehen sollten. Die Franzosen schienen eine vielleicht unbedeutliche Stelle in Chamberlains

## Warum die Preise steigen.

Eine Unterredung mit dem Reichswirtschaftsminister. Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus entwickelte in einer Unterredung, die er dem Vertreter eines Chemiker Blattes gewährte, Gedanken über die Zusammenhänge zwischen der Passivität der deutschen Handelsbilanz, dem Zustrom fremder Kreditgelder und der Teuerung. Der Minister führte unter anderem an:

„Die furchtbare Kapitalnot und der durch das Vertrauen auf die deutsche Währung und Wirtschaft ausgelöste Zustrom von Auslandskapital sind die beiden Momente, die die Passivität unserer Handelsbilanz herbeiführten. Ausländisches Kapital ist für unsere innere Wirtschaft im Endergebnis nur durch Einfuhr von Waren nutzbar zu machen. Man kann nicht auf der einen Seite Auslandskredite erstreben und auf der anderen Seite die Passivität der Handelsbilanz verwerfen. Unsere deutschen Unternehmen haben entweder Auslandskredite aus dem Auslande zurückgezogen oder Auslandskredite erhalten, um die notwendigen Betriebsmittel für die Fortführung oder Umstellung ihrer Werke zu erhalten. Gebrauchten sie diese Betriebsmittel zur Zahlung der Löhne, so mußten sie sich inländische Zahlungsmittel durch Verkauf ihrer Devisen an die Reichsbank oder an Importeure erwerben. Die Reichsbank brauchte diese Devisen jedoch nicht in vollem Umfange sofort wieder an Importeure weiterzugeben; sie behielt sie in vielen Fällen als Währungsreserve zurück. Hierdurch wurde die innere Kaufkraft erhöht, ohne daß zunächst der Zustrom von Auslandswaren die Mehrnachfrage im Innern ausgeglichen hätte. Die Folge war ein Steigen der Preise auf den verschiedenen Warengebieten, besonders bei Fertigwarengruppen.“

Der Minister sagte zusammenfassend: „Die Tatsache der Vereinnahmung des Auslandskapitals ist bei unserer großen Notlage an sich nicht zu verurteilen, wenn diese Kapitalen, richtig verwandt, die deutsche Wirtschaft leistungsfähiger machen und den Produktionsgrad technisch wie organisatorisch erhöhen. Die Vereinnahmung von Kapital legt unserer Wirtschaft eine jeweilige Verantwortung auf. Sie legt eine zwerdendprechende Verwendung unserer vorhandenen eigenen Kapitalien voraus. So wie wir in Deutschland unser Kapital in den letzten Monaten teilweise angelegt haben, darf es auf die Dauer nicht weitergehen.“

Layretzen an Briand vom 8. Juni in Genf falsch gelesen zu haben, die auf jeden Fall nicht so ausgelegt werden dürfe, als ob sie Teil 6 der französischen Note umfasse, wo die Autorität des Völkerbundes zur Behandlung aller Streitfragen durch eine völlig klare Formulierung aufrechterhalten werde.

## Starke Enttäuschung in London über die französische Aufnahme der deutschen Note

Eigener Fernsprechkablen des „Wilsdruffer Tageblattes“. London, 25. Juli. Der französische Standpunkt, wie er in der Pariser Presse sowie in den Mitteilungen an den englischen Außenminister in Beurteilung der deutschen Note zum Ausdruck kommt, hat in politischen Kreisen Londons stark enttäuscht. Man weiß darauf hin, daß man auf diesem Wege nur schwer zu einer Einigung kommen könne. Die gegenwärtige Stellungnahme der französischen Regierung bedeute nichts anderes als eine neue Formulierung des schon in der Note vom 16. Juni vertretenen Standpunktes. In England erwartet man im allgemeinen keine schnelle Entwicklung der Dinge, zumal die Krise im Kohlenbergbau die Aufmerksamkeit des englischen Kabinetts sehr hart in Anspruch nimmt. Auch in der englischen Zeitungsöffentlichkeit hat die deutsche Antwortnote einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Die „Reus Statesman“ schreibt, daß Dr. Stresemann entweder ein viel feinsinnigerer Mann sein müsse als alle seine Vorgänger in vergangenen Jahren, oder er sei viel besser beraten.

## Die Türkei und die Anschlussfrage.

Eigener Fernsprechkablen des „Wilsdruffer Tageblattes“. Konstantinopel, 25. Juli. Die Zeitung „Republik“ nimmt zur österreichisch-deutschen Anschlussfrage in ihrem Leitartikel Stellung und mocht den allierten Gegnern des Anschlusses schwere Vorwürfe. Deutschland und Oesterreich gehören zusammen. Oesterreich sei heute gewaltsam verstimmt. Der Anschluss, so erklärt das Blatt, ist eine natürliche geschichtliche Entwicklung. Die Völker lären gut, diese Ansicht anzuerkennen. Rüstung und Vernunft seien dringend zu empfehlen. Auch wenn ein Anschlussbedanke nicht wäre, so müsse er notwendig entstehen. Die Anschlussgegner beweisen immer wieder, in welcher schwierigen Lage Europa durch eine falsche Strömung kommen könne.

Am Schlusse seiner Ausführungen äußerte sich der Minister über den augenblicklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit.

## Riesige Wald-, Moor- und Heidebrände

Vernichtung ungeheurer Waldbestände. Bei Hannover brennt Wald, Heide und Moor seit ungefähr fünf Tagen. Im Bissendorfer Moor begann's. Unter dem trockenen Wollgras geriet der Torf in Brand. Stämme und schwelte und fraß und fraß. Dann züngelten rote Flammen auf und stoben hinüber in den Hochwald von Ohlenbostel, hüpften durch das dicke Unterholz und schossen dann blitzend empor an den Fichten. Von hier ist es nicht weit in die „Große Heide“, und schon waren die einsamen Dörfer umzingelt.

Ohlenbostel mit seinen steilen niederländischen Dächern und breiten Scheunen und das größere Kessle schwebten in Gefahr. Das Feuer hat die Chauffee Eherenbostel-Resse überprüngen und den Hochwald, der im Süden liegt, ergriffen. Einen zweiten Brandherd bildet das Hefeloser Moor, von dem aus der Brand gegen Westen in den Neustädter Kreis fortschreitet.

Auch im Norden von Osnabrück steht Heide und Moor in Flammen, dort hat das Feuer zwischen Hunteburg und Vörden eine gewaltige Ausdehnung angenommen und wütet noch mit unverminderter Kraft fort. Auf dem im Norden der Linie Hunteburg—Damme im Süden der Linie Penne—Kaltreife—Vörden gelegenen durchschnittlich 10 Kilometer breiten Moor setzt sich der Brand in südwestlicher Richtung fort.



Übersichtskarte der Riesenbrände bei Osnabrück, Rastenburg und Rastenburg.